

Weimarer Republik und NS-Staat

Peter Steinbach



Zusammentritt der Nationalversammlung im Staatlichen Theater in Weimar am 6.2.1919

Das Ende der Ersten Weltkriegs

Bereits während des Krieges hatte sich gezeigt, dass das deutsche Kaiserreich auf eine neue Verfassungsgrundlage gestellt werden könnte. Besonders deutlich wurde dies 1917 mit dem Eintritt der Vereinigten Staaten in das Kriegsgeschehen. Mit der im Oktober 1917 ausbrechenden Russischen Revolution bedeutet das Jahr 1917 ein Epochenjahr des 20. Jahrhunderts. Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson wollte Deutschland in eine Demokratie verwandeln und auf diese Weise berechenbar machen. Obwohl Deutschland dem revolutionär veränderten Russland in Brest-Litowsk einen harten Frieden diktieren konnte, war seit dem Sommer 1918 deutlich geworden, dass die deutsche Armee ihre Linien nicht mehr lange halten konnte. Die Oberste Heeresleitung lehnte allerdings die politische Verantwortung für den Friedensschluss ab. Die Verantwortung hatten Politiker aus den Parteien zu übernehmen, die lange als Ultramontane oder Reichsfeinde verunglimpft worden waren. Führende Militärs behaupteten später, das unbesiegte deutsche Heer sei von der Heimat durch einen Stoß in den Rücken entscheidend geschwächt worden (Dolchstoßlegende).

Im deutschen Reichstag hatte sich die Macht seit Kriegsbeginn von der Regierung zu den Abgeordneten verlagert. So hatten sich unter den Bedingungen des Krieges fast parlamentarische Verantwortlichkeiten herausgebildet. Vertreter der rechten SPD, der „Mehrheitssozialdemokratie“, Abgeordnete des politi-

schen Katholizismus und Liberale hatten im Sommer 1917 einen Verständigungsfrieden gefordert und sich gegen einen „Siegfrieden“ ausgesprochen. Sie hatten einen parlamentarisch mächtigen Interfraktionellen Ausschuss gebildet, der die Reichsregierung unter Max von Baden trug. Die eingeleiteten „Oktoberreformen“ entfalteten aber angesichts des drohenden Zusammenbruchs der Front keine Wirkung mehr. Der Waffenstillstand bedeutete die Abdankung des Kaisers und den Thronverzicht aller deutschen Landesherrn. Am 9. November 1918 wurde die Republik ausgerufen.

Die Entstehung der Weimarer Republik

Nur selten entstehen stabile Staatswesen im Zuge einer militärischen Niederlage. Dies gilt auch für Deutschland nach dem Ende des Ersten Weltkriegs. Die erste deutsche Republik wurde aber nicht allein durch die Kapitulation der deutschen Regierung belastet. Sie wurde entscheidend von ihren Gegnern im Innern bekämpft. Die Sieger erklärten das Deutsche Reich für kriegsschuldig. Heer und Marine wurden weitgehend entwaffnet; die Armee schrumpfte auf 100.000 Mann. Reparationszahlungen sollten sich über Jahrzehnte erstrecken. So sollte Deutschland den Schaden begleichen, der seinen Gegnern entstanden war. Eine Folge der enormen Kreditaufnahme war die „Hyperinflation“, die 1923 mit einer Währungsreform endete und sich zu einem politischen Trauma der Deutschen entwickelte, denn alle Sparvermö-

gen wurden vernichtet. Nachträglich betrachtet, schien die Republik von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen zu sein – eine falsche Sicht, denn nach anfänglichen Schwierigkeiten steigerten sich die deutsche Politik und Kultur in einem unerwarteten Maße, so dass man später von den „goldenen zwanziger Jahren“ sprechen konnte.

Entscheidender als die Konsolidierung der Republik war für das politische Selbstverständnis nach 1918 aber, dass die Mehrheit der Deutschen die Umstände ihrer Niederlage nicht anerkennen wollte. Sie protestierten innerlich gegen die einseitige Zuschreibung der deutschen „Kriegsschuld“ und fühlten sich als Opfer der Siegermächte. Da gegen Kriegsende Streiks ausbrachen und die Revolution in bürgerkriegsähnliche Zustände mündete, glaubten vor allem Anhänger der politischen Rechten, Deutschland sei durch „Novemberverbrecher“ auf der Linken gestürzt worden. Diese wiederum hielten die Vertreter der politischen Rechten für Kriegsgewinnler. So war mit dem Kaiserreich auch die politische Gemeinsamkeit der Deutschen zerfallen. Die Weimarer Republik gilt als Staat ohne politischen Konsens, als Gesellschaft mit einer tief fragmentierten politischen Kultur. Die Jahre der Weimarer Republik waren – bis auf eine kurze Stabilitätsphase (1924-1928) – eine Krisenzeit, aus der sich die nationalsozialistische Herrschaft entwickelte.

Fortschritte

Diese Verengung der Perspektiven lässt übersehen, dass die Weimarer Republik Prinzipien realisierte, die in die Zukunft wiesen: Achtstundentag, Frauenwahlrecht, Sozialstaatlichkeit, Anerkennung der Tarifpartnerschaft, des Pluralismus und der kulturellen Freiheit gelten ebenso als Leistung der Republik wie der Ausbau eines Bildungswesens, das – etwa durch Volkshochschulen – immer breitere Kreise ansprach. Viele Forderungen, die vor 1914 keine Resonanz gefunden hatten, wurden nun erfüllt.

Neue Regierung – Last überkommener Politik

Die Regierungsgeschäfte übernahm ein „Rat der Volksbeauftragten“. Ihm gehörten jeweils drei Vertreter der beiden sozialdemokratischen Parteien an, die sich im Streit über die Haltung zur Bewilligung der Kriegskredite während des Krieges gebildet hatten. An die Spitze der provisorischen Reichsregierung trat Friedrich Ebert, der später zum ersten Reichspräsidenten gewählt wurde. Weil der Reichstag als nicht mehr legitimiert galt, musste sich die neue Regierung auf einen Vollzugsrat stützen. In ihm hatten Vertreter der Berliner Soldaten- und Ar-

beiterräte das Sagen. Dies verstärkte in den zentralen Räten anderer Länder Vorbehalte gegenüber der Berliner Regierung, denn der Vollzugsrat war ebenso wenig wie der Reichstag durch freie Wahlen legitimiert. Andererseits wäre es falsch, die politischen Möglichkeiten auf die Alternative von „Räteherrschaft“ und „Parlamentarischer Demokratie“ zu reduzieren. Denn die örtlichen und einzelstaatlichen Räte begriffen sich in der Regel als Ausdruck des Versuchs, in einer Umbruchsituation mit begrenzten Mitteln Sicherheit und Ordnung zu garantieren.

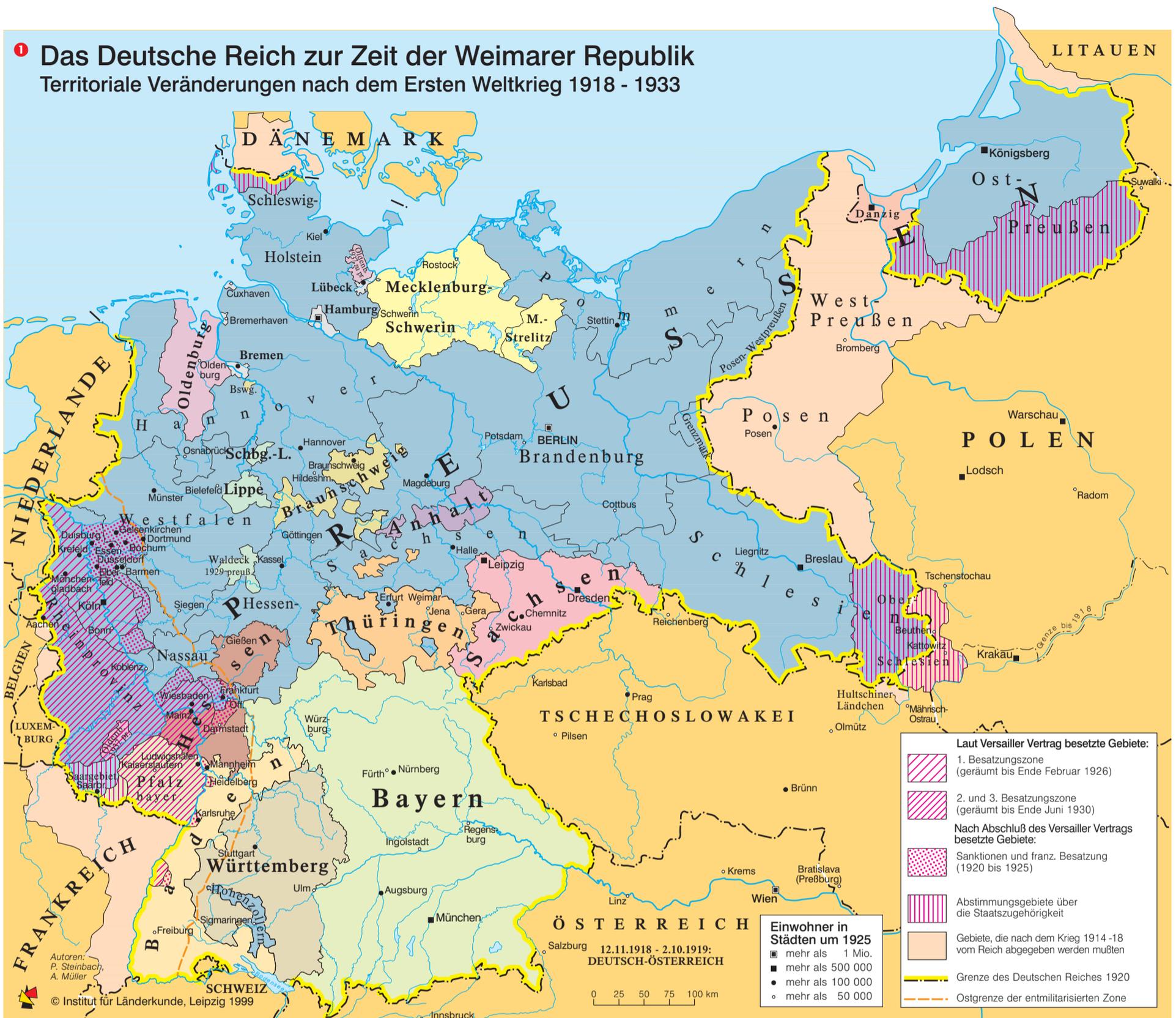
In vielen Teilen des Reiches kam es bald zu Wirren, Protesten und Auseinandersetzungen, die Formen des Bürgerkriegs annahm. Das Bürgertum war verschreckt und fürchtete sich vor „russischen Verhältnissen“. Auch Sozialdemokraten wussten, dass sich keine legitime Herrschaft auf Bajonetten errichten ließ. Deshalb strebten sie eine Nationalversammlung an, die aus freien Wahlen hervorgehen sollte. Widerspruch erhob die politische Linke, denn sie wollte die revolutionäre Situation nutzen, um sich die politische Macht zu sichern. Mitte Januar 1919 kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen im Berliner Zeitungsviertel (Spartakus-Aufstand). „Rote“ und „Weiße“ terrorisierten sich auch in München gegenseitig. Nutznießer dieser Wirren waren die politischen Kräfte, die den Deutschen Ordnung versprochen.

Unter den neu entstandenen Parteien war auch die aus der Spartakus-Gruppe hervorgehende Kommunistische Partei. Am rechten Rand des politischen Spektrums formierten sich sektiererische politische Gruppen, denen niemand eine Zukunft zutraute. Hier fand sich auch eine Gruppe, die bald als „Hitlerbewegung“ bekannt wurde. In den Mittelpunkt der deutschen Politik rückten die Fragen:

- Wer sollte die Macht in Berlin und in den Residenzstädten ausüben?
- Auf welche Weise waren Vertreter der alten Gewalten und Parteien an der Macht zu beteiligen?
- Sollte sofort eine neue Nationalversammlung gewählt werden, oder galt es, zunächst die Revolution abzuschließen?
- Wie ließ sich der Übergang von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft bewerkstelligen?
- Wer organisierte die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Heizstoff?
- Schließlich ging es um den Friedensschluss mit Deutschlands Gegnern und die Übernahme der Reparationen.

Freiheitliche Verfassung

Die Wahlen der Nationalversammlung vom Februar 1919 stärkten die „Weima-



rer Koalition“ aus SPD, Demokraten und Anhängern der Zentrumsparterie. Mehr als achtzig Prozent der Wahlberechtigten, unter ihnen erstmals Frauen, hatten sich an der Wahl beteiligt und zu mehr als drei Vierteln die Koalitionsparteien gewählt. Weil Berlin durch Unruhen als unsicher galt, trafen sich die Abgeordneten in Weimar, um die Verfassung zu beraten. Sie wählten auch die erste parlamentarische Regierung. Die deutschen Nationalfarben wurden „Schwarz-Rot-Gold“, die Republik sollte ein Bundesstaat sein, und die Volkssouveränität war die Grundlage aller Legitimität. Die Richtlinien der Politik bestimmte der Reichskanzler, dem der Reichstag allerdings das Vertrauen mit einfacher Mehrheit entziehen konnte.

Der Staat wurde durch den Reichspräsidenten repräsentiert, eine Art Ersatzkaiser, denn er wurde unmittelbar vom Volk in freier Wahl gewählt. Für den Fall des Staatsnotstandes konnte er Notverordnungen mit Gesetzeskraft erlassen und sogar die Grundrechte außer Kraft setzen. Dies alles hatte laut Verfassung aber der Wiederherstellung der staatlichen Ordnung zu dienen. Grundlegend für die Verfassungsentwicklung wurde der Grundrechtskatalog. Minderheitenschutz und soziale Gruppenrechte machten die Republik zu einer pluralistischen Demokratie, deren Abgeordnete nach dem Verhältniswahlrecht gewählt wurden.

Eines der schwierigsten Probleme, welches die Nationalversammlung lösen

musste, war der Friedensschluss. In internationalen Verträgen hatten die Siegermächte die europäische Landkarte neu gezeichnet. Deutschland berührte vor allem die Abtretung von Landesteilen an Dänemark, Belgien, Frankreich, Polen, Litauen und die Tschechoslowakei. Das Saargebiet wurde dem Völkerbund unterstellt, Danzig wurde zur Freien Stadt. Ostpreußen wurde durch einen „Korridor“ abgetrennt, der Polen einen Zugang zur Ostsee eröffnete. Deutschland, das auch auf Kolonien verzichten musste, verlor mehr als ein Zehntel seines Staatsgebietes und 10 Prozent der Bevölkerung, die Hälfte der Eisenerzversorgung, ein Viertel der Steinkohleförderung und wichtige landwirtschaftliche Flächen. Hauptnutznießer der territoria-

len Verschiebungen waren Polen und Frankreich. Hinzu kamen außerordentliche Reparationsverpflichtungen, die erst im Zuge weiterer Verhandlungen fixiert werden sollten. 1921 legte man den Umfang auf 226 Mrd. Goldmark fest, die über einen Zeitraum von 42 Jahren zu zahlen waren. Hinzu sollte ein Achtel des Wertes der deutschen Ausfuhr kommen.

Frühe Krisen – gewonnene Stabilität

Trotz der innen- und außenpolitischen Belastungen wurden die Anfangskrisen der Republik bewältigt. Grenzkriege im Osten, innere Unruhen, ein Putschversuch auf der Rechten, Aufstandsversuche der Linken, Separatisten-

2 Europa zur Zeit des Zweiten Weltkriegs Der Verlauf der Fronten im Krieg 1939 - 1945



bewegungen und schließlich der bayerische Hitlerputsch, sogar die Besetzung des Ruhrgebietes durch französische Truppen führten nicht zur Erschütterung des Staates. Auch die Inflation und die Währungsreform wurden von den Deutschen hingenommen, obwohl sie große Sparvermögen vernichteten. Die deutsche Industrie stieß auf große Nachfrage und konnte sich neue Märkte erschließen. Die Gewerkschaften wurden durch Betriebsräte an den wichtigen Unternehmensentscheidungen beteiligt, konnten wichtige sozialpolitische Ziele erreichen und wurden zur Hilfe bei der Modernisierung der Fabriken und der Rationalisierung der Produktion.

Die Stabilitätsphase der Republik war durch große außenpolitische Erfolge geprägt. Bereits 1922 hatte die deutsche Regierung die Sowjetunion im Rapallo-Vertrag zum Verzicht auf weitere Reparationen bewegt, zugleich aber die Befürchtungen verstärkt, es könne zu einer deutsch-sowjetischen Allianz kommen. 1926 garantierten sich Frankreich und Deutschland in Locarno ihre Grenze. Gustav Stresemann, der deutsche Außenminister, und sein französischer Kol-

lege Aristide Briand erhielten dafür den Friedensnobelpreis. Zu einer ähnlichen Grenzgarantie im Osten kam es nicht; vielmehr bekundete man hier weiterhin Revisionsabsichten. Deutschland trat dem Völkerbund bei und wurde allmählich in das internationale Sicherheitssystem integriert. Auch über die Begrenzung der Zahlungen wurden Verhandlungen aufgenommen. Der Young-Plan befristete die Reparationszahlungen auf den Zeitraum bis 1988 (!) und reduzierte den finanziellen Rahmen auf 112 Mrd. Reichsmark. 1930 zogen sich die alliierten Truppen aus dem Rheinland zurück, fünf Jahre früher als geplant. Der beachtliche wirtschaftliche Aufschwung unterstützte die außenpolitischen Erfolge.

Der Aufstieg der NSDAP

Seit Ende 1928 wurde deutlich, dass die Republik in eine große Krise hineintrief. Dies war nicht allein die Folge der Weltwirtschaftskrise, die sich seit Herbst 1929 zuspitzte, sondern das Ergebnis vieler Fehlentwicklungen. Das deutsche Parteiensystem war tief gespalten, das Gefühl einer gemeinsamen Verantwortung der Parteiführer war schwach ausge-

bildet. Die Beziehungen der Bürger waren durch Gegensätze geprägt, die die politische Kultur zerstörten. Politisches Vertrauen wurde durch Misstrauen ersetzt. Kommunisten und Nationalsozialisten bekämpften einander und zugleich die Republik, die nur wenige Verteidiger fand.

Die Nationalsozialisten hatten seit 1930 bei Wahlen große politische Erfolge errungen. Ihr Führer Adolf Hitler wurde am 30. Januar 1933 von Hindenburg zum Reichskanzler berufen und mit der Regierungsbildung beauftragt. Durch Notverordnungen zerstörten sie die Verfassung. Grundrechte wurden abgeschafft, der Föderalismus aufgelöst. Dennoch errang Hitler bei Neuwahlen am 5. März 1933 nicht die Mehrheit, sondern blieb auf Unterstützung durch andere Parteien und die Ausschaltung der KPD angewiesen. Mit dem Ermächtigungsgesetz vom 24. März, das Hitler diktatorische Gewalt übertrug, verzichtete der Reichstag auf sein Gesetzgebungsrecht. Nur die SPD stimmte dagegen. Die Legalisierung der Rache begann. Hitler schaltete die Opposition aus, ordnete sich die Verwaltung unter,

trieb Zehntausende in die Flucht und sperrte Hunderttausende in Konzentrationslagern. Die Länder wurden abgeschafft und durch Gaue ersetzt. Aber Hitler wurde auch zugejubelt, und die Stabilität des Systems gründete nicht allein auf Terror, sondern auch auf der Denunziationsbereitschaft vieler Deutscher. Außenpolitische Erfolge faszinierten die Mehrheit der Bevölkerung und ließ sie übersehen, dass Hitlers Herrschaft auf Terror, Entrechtung und Verfolgung fußte.

Hitlers Programm

Kennzeichen von Hitlers Programm waren Antisemitismus, Antiliberalismus und Antimarxismus, der sich auch als Antibolschewismus gerierte. Die Juden wurden seit den ersten Tagen von Hitlers Herrschaft verfolgt. Mit den Nürnberger Gesetzen 1935 begann ihre systematische Entrechtung. Die Novemberpogrome 1938 forcierten die Ausgrenzung der Juden aus dem Wirtschaftsleben. Hunderttausende emigrierten. Für den Fall eines Krieges hatte Hitler die Vernichtung des europäischen Judentums angekündigt. In Osteuropa wurde das Judentum fast vollständig, in Westeuropa weitgehend ausgerottet. Vernichtungslager entstanden, die nur ein Ziel hatten: Menschen zu ermorden und Leichname zu vernichten. Hinter der Front wüteten 1941 und 1942 zudem Einsatzgruppen, die Hunderttausende erschossen. Der Angriff auf die Sowjetunion wurde von vielen Deutschen begrüßt, weil sie den Bolschewismus bekämpfen wollten. Weitsichtige Zeitgenossen ahnten, dass die überraschenden, überfallartigen Angriffe der Wehrmacht in der Niederlage enden mussten.

Ein neuer Weltkrieg

Der Zweite Weltkrieg, am 1. September 1939 von Deutschland mit dem Angriff auf Polen begonnen, wurde von deutscher Seite als Rassen- und Weltanschauungskrieg geführt. Er veränderte nicht nur die europäische Landkarte, sondern auch Deutschland. Bereits im Vorfeld hatte Hitler die Grenzen des Reiches ausgeweitet. Das Saarland „kehrte“ 1935 „heim“. 1938 ließ Hitler Österreich besetzen, wenig später standen ihm die großen Mächte das Sudetenland zu. Kurz darauf erhielt Deutschland von Litauen das Memelland zurück. Der Sieg über Polen führte 1939 zur Wiederherstellung der Grenzen von 1918 und zur Eingliederung weiterer Gebiete. Auch Eupen und Malmedy wurden ebenso wie Luxemburg dem Reich eingegliedert. In Europa entstand ein deutsches Besatzungsregime, das im Dienst rassenpolitischer Ziele stand. Das europäische Judentum und die zentraleuropäischen Sinti und Roma wurden fast völlig ausgerottet. Die deutsche Regierung wollte ein Ostimperium schaffen, auf Dauer die Herrschaft über Europa ausüben, neue Kolonien erobern und endgültig zur Weltmacht werden. Dies alles endete in einer militärischen Katastrophe, deren Beginn der deutsche Angriff auf Polen am 1. und die darauf er-

3 Das nationalsozialistische Deutschland 1933 - 1945



folgenden Kriegserklärungen Englands und Frankreichs am 3. September 1939 kennzeichneten.

Widerstand

Rasch wurde deutlich, dass Hitler Krieg und ein Krieg das Ende des Deutschen Reiches bedeuten würden. Widerspruch und Widerstand waren zwar unübersehbar, aber letztlich machtlos und unwirksam. Kommunisten wurden weitgehend bis 1937, kirchliche Regimegegner bis

1938 ausgeschaltet. Zu diesem Zeitpunkt formierte sich eine bürgerlich-militärische Opposition, die sich am 20. Juli 1944 sogar zum Anschlag auf Hitler durchringen konnte. Allerdings scheiterte der Umsturzversuch ebenso, wie bereits vorher das Attentat des Schreiners Johann Georg Elser im Münchener Bürgerbräu am 9.11.1939 gescheitert war. Die Alliierten hatten sich auf die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht als Kriegsziel geeinigt.

Am Ende des Krieges waren die deutschen Städte weitgehend zerstört. Befreite Konzentrationslager machten deutlich, wie verbrecherisch das NS-Regime gewesen war. Mit der bedingungslosen Kapitulation am 7. Mai 1945 hatte Deutschland aufgehört, als souveräner Staat zu existieren. Die Alliierten – England, Frankreich, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika – versicherten, die Verantwortung für Deutschland als Ganzes wahrnehmen zu wollen.◆